

Otto Hutter
mobil 0152 21866806
mail post@ottohutter.de

Alexander Süßmair
mobil 01772494574
mail: alexander.suessmair@gmx.de



Stadt Augsburg
Herr Oberbürgermeister Dr. Gribl
Rathausplatz 1
86150 Augsburg

Augsburg, 15. Februar 2016

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Gribl,

die Stadträte der LINKEN stellen folgenden **Antrag**:

1. Die Stadt Augsburg formuliert das Ziel jährlich 1.000 neue Sozialwohnungen in Augsburg zu schaffen. Dazu wird ein eigenes städtisches Wohnungsbauprogramm aufgelegt.
2. Die Stadt Augsburg unterstützt die städtische Wohnungsbaugesellschaft WBG mit zusätzlichen Maßnahmen (Zuschüsse, Grunderwerb, Erschließungskosten etc.) um Wohnungen zu erwerben oder neu zu bauen.
3. Die Stadt Augsburg regelt über das Baurecht, dass bei allen Wohnungsbaumaßnahmen von Investoren, mindestens ein Anteil von 33% Wohnungen entstehen, die die Voraussetzungen für soziale Förderung erfüllen (wie es in München bereits gemacht wird).
4. Bei der Stadtentwicklung und Bebauungsplänen ist zukünftig auf eine höher Verdichtung der Bebauung hinzuwirken ebenso wie die grundsätzliche Zulässigkeit von min. sechs Stockwerken (statt bisher vier).
5. Die Stadt Augsburg kooperiert zu Erreichung des Zieles auch mit anderen gemeinnützigen Trägern und Wohnungsgenossenschaften, bei der Sicherung, dem Erwerb oder der Errichtung von Sozialwohnungen.
6. Die Stadt Augsburg kann über städtebauliche Verträge, Investoren Zuschüsse in Aussicht stellen, bindet diese aber an konkrete Mietpreise (ca. 5 €/qm) und möglichst lange Bindungsfristen (Beispiel Frankfurt am Main).
7. Bei Bau und Ausstattung soll auf die Zweckmäßigkeit, Kosten und den Bedarf der Zielgruppe geachtet werden und nicht vorrangig nach Vorstellungen und Gegebenheiten auf dem freien Wohnungsmarkt.

8. Das Programm sollte mindestens eine Laufzeit von 10 Jahren haben. Dann würde immerhin der Bestand an Sozialwohnungen aus dem Jahre 1994 wieder erreicht werden (ca. 17.000).

Begründung:

Durch die Finanzkrise und den steigenden Zuzug von Menschen nach Augsburg (vor allem aus München und Umland) ist preisgünstiger Wohnraum für Menschen mit geringen Einkommen nicht mehr ausreichend vorhanden. Auch für Menschen mit durchschnittlichen Einkommen, muss ein immer größerer Teil des Einkommens für die Miete ausgegeben werden. Dazu kommt noch, dass jährlich tausenden Wohnungen aus der sozialen Bindung fallen. Nicht erst seit der starken Flüchtlingszuwanderung nach Deutschland ist der Augsburger Wohnungsmarkt, vor allem im Segment der preiswerten Wohnungen, ziemlich leergefegt. Selbst Menschen mit Wohnberechtigungsschein müssen sehr lange auf eine geförderte Wohnung warten. Durch die Situation im Nahen Osten, Maghreb und Maschrek kommen nun verstärkt Flüchtlinge nach Deutschland und werden die Situation damit zusätzlich verschärfen.

Anstatt diesem Drama zuzusehen und zu warten, bis sich eine gefährliche Stimmung entwickelt, sollte die Stadt Augsburg endlich entschlossen Handeln. Bezahlbaren Wohnraum für alle schaffen und zwar jenseits privater Investorenträume und Renditeerwartungen!

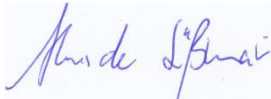
Daher sollte die Stadt Augsburg den entsprechenden Rahmen erstellen, so dass:

1. auch bei privaten Projekten eine Mindestanzahl von Wohnungen die Voraussetzungen für soziale Wohnraumförderung erfüllen, wie dies in München und anderen Ballungsräumen längst gängige Praxis ist;
2. die Stadt selbst tätig wird, sozialen Wohnraum zu schaffen und dies nicht nur ausschließlich der WBG überlässt;
3. neue Modelle, die in anderen Städten erfolgreich sind, zu übernehmen, wie z.B. das Frankfurter Modell (siehe Anlage „Wohnraum in Frankfurt“);
4. genossenschaftliches Bauen durch die Stadt und durch die Stadt geförderte private Investoren, mit klaren Vorschriften zum Sozialwohnungsanteil (siehe Anlage „Wien, du hast es besser“) endlich realisierbar wird. Als Mitglied des Präsidiums des Deutschen Städtetags könnte Herr Dr. Gribl darauf dringen, dass Bund- und Länder endlich ein der Aufgabe angemessenes Wohnbauförderungsprogramm in Milliardenhöhe auflegen.
5. Anstatt zu klagen, dass die Baukosten so hoch sind und z.B. die WBG unter 10 €/m² nicht mehr bauen kann, da auch noch die EnEV 2016 eingehalten werden muss, könnte man sich nach Alternativen umsehen. Andere Gemeinden praktizieren und fördern preiswerten Wohnungsbau bereits wie z.B. Schwäbisch Gmünd in Zusammenarbeit mit dem lokalen Handwerk. Hier wird vorgeführt, wie man durch Innovationsfreude, Kreativität und städtischer Unterstützung Wohnraum für 5-6 €/m² schaffen kann – und das schnell.

An diesen Beispielen kann man sehen, dass es Möglichkeiten gibt, auch für klamme Städte, sozialen Wohnraum zu schaffen. In Anbetracht der drängenden Situation, die sich auf absehbare Zeit nicht verbessern wird, ist es dringendst nötig endlich zu handeln.

Und da es sich bei gebauten Wohnungen um Investitionen für die Zukunft handelt, die nicht an Wert verlieren und auch Kosten einsparen bei sozialen Leistungen (z.B. Wohngeld, KdU etc.), sollte doch hier eine Finanzierung bei den aktuellen Zinssätzen machbar sein. Man muss aber Prioritäten setzen und ggf. auf andere kostenintensive Projekte verzichten. Denn man sollte sich im Klaren sein, dass das Fehlen von ausreichend und für alle bezahlbaren Wohnraum zu gefährlichem sozialen Sprengstoff werden kann. Dies muss eine verantwortungsvolle Kommune, im Interesse aller Bewohner dieser Stadt, unter allen Umständen verhindern.

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Süßmair



Otto Hutter